



# **MUNBW 2020 - Einführungstexte Forum für Sicherheitskooperation der OSZE**

Seite 2

## **Über das Gremium**

Seite 3 - 10

## **1 - Lage in und um die Ukraine**

Seite 11 - 20

## **2 - Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Ver- einten Nationen**

Seite 21 - 32

## **3 - Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen im europäischen Raum**



## Über das Gremium

*Allgemeine Fragen zum Gremium können Sie an die Gremienassistentz des Forums für Sicherheitskooperation, Mona Bickel ([m.bickel@munbw.de](mailto:m.bickel@munbw.de)), richten.*

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSk) ist ein Gremium der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Es wurde auf dem Gipfeltreffen von Helsinki 1992 eingerichtet und ist für die militärische Dimension der OSZE zuständig. Das Forum ist neben dem Ständigen Rat eines der beiden beschlussfähigen Organen der OSZE und hat seinen Sitz in Wien. In wöchentlichen Sitzungen diskutieren die 57 Mitgliedsstaaten im OSZE-FSk Sicherheitsfragen.

Das FSk befasst sich sowohl mit innereuropäischen als auch transnationalen Sicherheitsbedrohungen, wie dem Schmuggel von (Massenvernichtungs-) Waffen. Die Arbeit des Forums dient der Erhöhung der militärischen Sicherheit und Stabilität in Europa und deckt einige der wichtigsten politisch-militärischen Übereinkommen der OSZE-Teilnahmestaaten ab. Das Forum für Sicherheitskooperation hilft bei der Umsetzung grundlegender vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen zur Regelung des Austausches militärischer Informationen und gegenseitigen Überprüfung zwischen den Staaten sowie bei der Einhaltung des Verhaltenskodex, eines Schlüsseldokuments, das die demokratische Kontrolle der Sicherheitskräfte gewährleistet. Der Verhaltenskodex gilt als eines der wichtigsten normativen Dokumente der OSZE sowohl für die politisch-militärische als auch die menschliche Dimension der Sicherheit. Das Forum entwickelt auch Normen und bietet praktische Unterstützung bei der Bekämpfung der Verbreitung von illegalen Kleinwaffen und leichten Waffen. Es befasst sich mit der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und beaufsichtigt den regelmäßigen Kontakt, die Zusammenarbeit und den Austausch militärischer Information zwischen den Teilnehmerstaaten.



## 1 - Lage in und um die Ukraine

Fragen zu diesem Thema können Sie an Benjamin Ziegs ([b.ziegs@munbw.de](mailto:b.ziegs@munbw.de)) richten.

### Hintergrundinformationen über die Ukraine - Geschichte und Einführung

Bereits seit mehreren Jahrhunderten besteht ein schwelender Streit zwischen dem westlichen Europa und Russland über die Vormacht auf der Krim. Das leidtragende Land, die Ukraine, wird trotz ihrer noch jungen Selbstständigkeitsbestrebungen regelmäßig erschüttert durch Annexionen, Kriege oder politische Ränkeschmiede mit dem Ziel Macht über den souveränen Staat am schwarzen Meer zu erhalten.

Besonders durch den Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/1991 erwuchs in Teilen der ukrainischen Bevölkerung der Wunsch nach einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Dieses Vorhaben findet im Nachbarland Russland keine Zustimmung. Russland betrachtet die Ukraine als Teil der eigenen Einflussosphäre.

Für das nähere Verständnis finden Sie weiterführende Informationen im folgenden Text:

Die Ukraine ist ein osteuropäischer Staat mit einer Fläche von ca. 600.000 km<sup>2</sup> und insgesamt 42.000.000 Einwohnern (Stand 2019). Das industrielle wie auch infrastrukturelle Zentrum des Landes ist die Hauptstadt Kiew, in der zur Zeit ca. drei Millionen Menschen leben. Die Bewohner der Ukraine zählen sich zu ca. 72 % zur ukrainischen und zu 22 % zur russischen Ethnie. Dies spiegelt sich auch in der religiösen Zugehörigkeit wider. Mehr als drei Viertel der Einwohner geben an, einer der Gliedkirchen der orthodoxen Kirche anzugehören. In der Zeit des kalten Krieges war die Ukraine ein Satellitenstaat der Sowjetunion und erlangte 1991 die Unabhängigkeit. Im Zuge der Euromaidan-Krise 2014 brach 2014 ein bewaffneter Konflikt in der Ostukraine aus. Teile im Osten des Landes sowie die Region auf der Krim stehen seitdem nicht mehr unter der Kontrolle der Zentralregierung. Aufgrund der geographischen Lage zwischen Russland und dem Rest der Europäischen Union kommt der Ukraine von jeher eine enorme geopolitische Wichtigkeit zu. Dieser Zwiespalt lässt sich auch in der politischen Landschaft wiedererkennen. Im Groben teilt sich



das Parlament in pro-russische und pro-europäische Parteien auf, die in einem ständigen Widerstreit stehen. Auch hinsichtlich der Anbindung an das Schwarze Meer - und dem damit einhergehenden Zugang zum Mittelmeer und dem Atlantik - ist die Ukraine vor allem für Russland von besonderer strategischer Bedeutung. Die Ukraine schaut nicht nur auf eine wechselhafte historische Entwicklung zurück, sondern ist auch ein Staat ohne klar begrenzte Identitätsbildung. Im Laufe der Zeit wurden immer wieder Teile des Landes hinzugeschlagen oder entnommen.

### **Aktuelle Entwicklung - Krise auf der Krim ab 2014**

Ab dem 21. November 2013 begannen in der Ukraine die Bürger zu protestieren, da die ukrainische Regierung das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union vorerst nicht unterzeichnen wollte. Dieses Abkommen enthält neben staats- und gesellschaftspolitischen Zielen auch diverse Maßnahmenpakete gegen Korruption aber auch für die Standardisierung und Angleichung des Handels (Harmonisierung EU-weiter Richtlinien für die DCFTA - Deep and comprehensive Free Trade Area - eine Freihandelszone in Osteuropa). Für die Ukraine sah dieses Abkommen Ziele vor, die einen tiefgreifenden Wandel in rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Zuständen bedingte und somit eine bessere Einbindung in die EU fördern sollte.

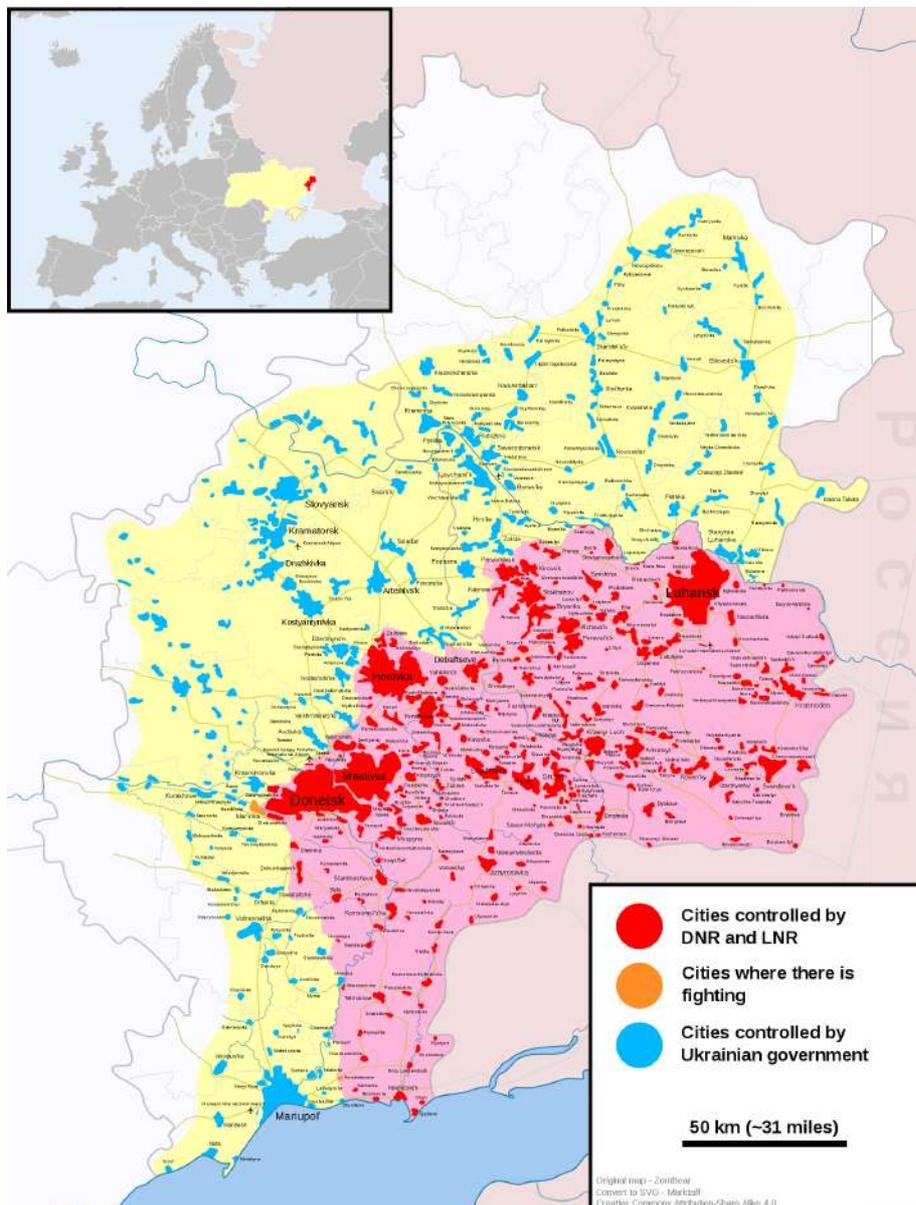
Dieses Abkommen wurde von der ukrainischen Regierung unter Wiktor Janukowitsch nicht unterzeichnet, was der Zündfunke für die sogenannten Euromaidan-Proteste war. In den folgenden Tagen begannen immer mehr Menschen für eine Un-



*Brennendes Hauptquartier der Protestierenden in Kiev 2014 © Amakuha (CC)*

**MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG**

terzeichnung zu protestieren und die Revolution gipfelte am 08. Dezember 2013, als auf dem Majdan Nesaleschnosti („Platz der Unabhängigkeit“) in Kiew mehrere hunderttausende Menschen demonstrierten. Die Polizeikräfte schritten sowohl bei dieser als auch bei weiteren Demonstrationen gewaltsam ein, schafften es jedoch nicht, die Demonstranten auseinander zu treiben. Am 21. Februar 2014 floh Präsident Janukowytsh aus Kiew und das Parlament setzte ihn ab. Die Proteste endeten, als am 26. Februar 2014 eine Übergangsregierung unter Arsenij Jazenjuk gebildet wurde. Während dieser Endphase begann die russische Annexion der Krim und die damit einhergehende Destabilisierung des Landes durch den bewaffneten Konflikt in



*Karte des Konflikts in  
Donbass © ZomBear,  
Marktaf (CC)*



zwei östlichen Oblasten (= Bezirken, Regionen) der Ukraine. Dieser seit 2014 andauernde Krieg wird mutmaßlich von Russland geschürt, damit sich die beiden Oblasten Donezk und Luhansk von der Ukraine abspalten und autonome Republiken unter russischem Einfluss werden. Trotz der Waffenstillstandsabkommen (Minsk I und II) werden täglich Kampfhandlungen beobachtet.

Hierbei nimmt die OSZE eine besondere Rolle ein. Im Minsk II Abkommen wird sie explizit mit der Überwachung der Waffenstillstandsbedingungen beauftragt. Die OSZE unterhält daher zwei Beobachtermissionen in der Ukraine.

Die Special Monitoring Mission (SMM) hat ihren Sitz in Kiew und Beobacherteams in den Gebieten Iwano-Frankiwsk, Lwiw und Tschernowitz (Westukraine) sowie Cherson, Donezk, Dnipropetrowsk, Luhansk und Odessa (Südostukraine). Die SMM soll durch ihre Präsenz Spannungen verringern und durch ihre objektiven Lageberichte zur Stabilisierung beitragen. Mit dem Waffenstillstandsabkommen von Minsk im September 2014 kam dessen Überwachung hinzu. Die SMM umfasst bis zu 750 Beobachter. Außerdem beobachtet die Monitoring Mission Gukovo und Donezk (MMGD) den Verkehr an den russischen Grenzübergängen nach Gukovo und Donezk. Sie ist auf russischem Territorium stationiert. Ihr gehören 16 Beobachter an.

Im Besonderen kämpfen Milizen mit russischer Unterstützung, russische wie ukrainische reguläre Truppen und Freiwilligenmilizen auf beiden Seiten. Mit Stand 2019



*Soldat der OSZE Special Monitoring Mission bei der Überwachung von Waffentransporten © OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (CC)*



sind zwischen 9.500 und 13.000 Menschen gestorben. Durch die undurchsichtige Situation und die Involvierung verschiedenster Interessengruppen sind die Auswirkungen auf die Bevölkerung katastrophal. Bereits im April 2014 wurde vom UNHCHR (Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) festgestellt, dass es einzelne Angriffe auf die Bevölkerung gebe. Im Mai 2014 wurde in einem neuen Bericht von einem „Klima der Gesetzlosigkeit“ in der Ostukraine sowie auf der Krim geschrieben. Aussicht auf Besserung der Situation besteht nicht. Auf Grund der vorgenannten Umstände flüchteten nach Zahlen der Europäischen Kommission bereits 600.000 Ukrainer ins Ausland, innerhalb der Ukraine sind bereits ca. 650.000 Menschen auf der Flucht. Zudem verüben regierungsfeindliche Kräfte Anschläge und Sabotageakte auf Bahnlinien, Pipelines oder Rekrutierungsbüros. Auch Privatpersonen, welche sich in Bürgerinitiativen engagieren, sind davon betroffen. Im Dezember 2014 gab es alleine in Odessa sechs Bombenanschläge. Bis dato ist eine Lösung der Krise nicht in Sicht. Die Russische Föderation leugnet weiterhin ihre Einmischung und anhängige Klagen am Internationalen Gerichtshof sind noch nicht entschieden.

## Probleme

Aus dem Ukraine Konflikt ergeben sich diverse Problemstellungen für die OSZE. Die Organisation ist mit der Überwachung der Einhaltung der Abkommen Minsk I und II beauftragt. Das Abkommen nennt unter anderem die Prüfung des Abzugs schwerer Waffen. Diese Überwachung ist jedoch zu großen Teilen nicht durchführbar. OSZE-Beobachter haben in der Ukraine keinen freien Zugang zu allen Konfliktregionen und sind selbst immer wieder unter Beschuss. Technische Überwachungsmaßnahmen gewährleisten kein eigentliches Monitoring, sondern nur vorübergehende Indizien.

Ferner soll die OSZE den Abzug sämtlicher ausländischer Kämpfer und ausländischer Militärausrüstung aus der Konfliktregion überwachen. Da die Kämpfer jedoch meist nicht uniformiert sind, und die OSZE auch keine Passkontrollen bei Kombattanten durchführen kann, ist diese Aufgabe nur sehr schwer durchführbar. Es ist sehr schwer zu erkennen, wer unter diese Definition aus Minsk II fällt. Bei der Ausrüstung stellt sich das Problem, dass sowohl Russland, als auch die Ukraine über die selben Fahrzeuge und Waffen aus den späten Jahren der Sowjetunion verfügen. Lediglich



bei sehr modernen Fahrzeugen der russischen Armee ließe sich ein illegales Einbringen in die Konfliktzone nachweisen. Deshalb muss die OSZE aufwendig jedes einzelne Fahrzeug überwachen und nach Indizien auf dessen Herkunft suchen. Ein sehr aufwendiges Verfahren.

Außerdem betraut Minsk II die OSZE mit der Überwachung von Wahlen, nach dem OSZE-Standards. Diese Aufgabe kann die OSZE bisher nicht wahrnehmen, da die Voraussetzungen für solche Wahlen in der Ukraine noch nicht bestehen.

## Punkte zur Diskussion

SMM und MMGD laufen 2020 aus. Das Gremium muss deshalb über eine Verlängerung der beiden Missionen entscheiden. Wenn verlängert wird, muss das Aufgabenfeld der Missionen klar umrissen sein

Die Durchführung der Beobachtungsmission, gemäß dem Minsk-II-Abkommen, hat für die OSZE Priorität. Ziel der Mitgliedstaaten muss es sein, den Beobachtern dabei ausreichende Sicherheit und Möglichkeiten zu bieten, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Minsk II schlägt dafür die Bereitstellung von Satelliten, Drohnen und Radarsystemen vor. Bislang stellen jedoch zu wenige Staaten diese Systeme zur Verfügung. Außerdem eignen sie sich weitaus weniger gut für eine Beobachtungsmission als menschliche Beobachter, die jedoch vor den oben genannten Problemen stehen. Hier muss das Gremium überlegen, wie die Beobachtermission besser unterstützt werden kann. Je konkreter desto besser.

- Wie kann die OSZE ausländische Kämpfer in der Ukraine besser erkennen und wohin kann sie diese melden, sodass der Abzug angemahnt oder eingeleitet wird?
- Wie kann die OSZE schwere Waffen bestimmten Konfliktparteien zuordnen und deren Herkunft bestimmen? Hierfür wäre beispielsweise ein Einblick in die militärischen Zulassungslisten der beteiligten Mitgliedstaaten denkbar.
- Welche Voraussetzungen müssen die Konfliktparteien schaffen, damit die OSZE Wahlen gemäß ihrer Standards gewährleisten kann?
- Wie kann die humanitäre Lage in der Ukraine mit den Mitteln der OSZE verbessert werden? Hierfür ist die OSZE beispielsweise in der Lage mit Verhandlungs-



teams für lokale Waffenruhen zu sorgen, die dann etwa zur Reparatur kritischer Infrastruktur genutzt werden. Weitere derartige Tätigkeiten sind wünschenswert, jedoch immer mit finanziellem Aufwand und persönlichem Risiko für die Beobachter verbunden.

## Wichtige Dokumente

- Erläuterungen zur Rolle der OSZE mit angehängtem Minsk II Abkommen (Pflichtlektüre)  
<https://www.zif-berlin.org/nc/de/schwerpunkte/monitoringukraine.html?cid=5481&did=6404&sechash=2087560b>
- Die Wahlstandards der OSZE in den Artikeln 6 und 7 des Kopenhagener Dokuments  
<http://www.menschenrechtsbuero.de/pdf/cope90g.pdf>
- Sammlung aller Statusreporte der OSZE; wird stetig aktualisiert; letzter Zugriff: 30.12.2019 [Englisch]  
<https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/157261>
- Sammlung aller Statusreporte des OHCHR zur Menschenrechtslage in der Ukraine; wird stetig aktualisiert; letzter Zugriff: 30.12.2019 [Englisch, Russisch, Ukrainisch]  
<https://www.ohchr.org/en/countries/enacaregion/pages/uareports.aspx>
- Internationaler Gerichtshof, Report on Preliminary Examination Activities 2016, Den Haag, 14.11.2016, [Englisch] - Einschätzung des IGH zur Lage in der Ukraine und Ost-Ukraine  
[https://www.icc-cpi.int/iccdocs/otp/161114-otp-rep-PE\\_ENG.pdf](https://www.icc-cpi.int/iccdocs/otp/161114-otp-rep-PE_ENG.pdf)

## Weiterführende Links und Quellen

- Ein guter Überblick bietet sich hier (unbedingt die auf der Seite verlinkten Dokumente auch lesen)  
<https://www.zif-berlin.org/de/schwerpunkte/monitoringukraine.html>



**MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG**

- Interview mit einem OSZE-Beobachter in der Ukraine  
<https://www.deutschland.de/de/topic/politik/osze-beobachter-in-der-ukraine-oliver-palkowitsch-berichtet>
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Nervenkrieg um die Ukraine - Zusammenfassung und weiterführende Quellen bezüglich der Lage in der Ukraine [Deutsch]  
<https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt.html>
- Security Council Report, Documents for Ukraine - Sammlung und Verlinkungen von SR Dokumenten bezüglich der Lage in der Ukraine [Englisch]  
<https://www.securitycouncilreport.org/un-documents/ukraine/>
- Human Rights Watch, Ukraine Events of 2018 - Zusammenfassung der Ereignisse in der Ukraine im Hinblick auf Menschenrechte [Englisch]  
<https://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/ukraine>
- Zentralen für politische Bildung, Konflikt zwischen Russland und dem Westen, - Dossier mit umfangreicher Materialsammlung zum Thema Ukraine [Deutsch]  
[https://www.politische-bildung.de/proteste\\_ukraine.html](https://www.politische-bildung.de/proteste_ukraine.html)
- UNHCR General Information Service, Materialsammlung zu UNHCR-Aktivitäten bezüglich der Ukraine [Englisch]  
<https://www.unhcr.org/ua/en/resources>



## 2 - Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen

Fragen zu diesem Thema können Sie an Finn Petersen ([f.petersen@munbw.de](mailto:f.petersen@munbw.de)) richten.

### Einleitung

Bereits in der ersten Fassung der Charta der Vereinten Nationen (UN) wurde die Bedeutung weiterer internationaler Organisationen neben der UN herausgehoben. In Artikel 52 der Charta werden Mitgliedstaaten ermutigt, internationale Organisationen zu gründen, um regionale Streitigkeiten beizulegen. Mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Organisation for Security and Co-operation in Europe, OSZE) hat sich eine Organisation gebildet, welche auf einem der zentralen Schauplätze des Ost-West-Konflikts die unterschiedlichen Interessen von verschiedenen Akteur\*innen friedlich vereinen und so die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa stärken will. Neben dem Bekenntnis zur Zusammenarbeit in der Charta werden durch die OSZE und die UN auch viele verschiedene Strukturen und Mechanismen genutzt und gemeinsame Strategien verfolgt, um effektiv auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Mit einer sich verändernden geopolitischen Situation in Europa muss sich die OSZE neuen Herausforderungen stellen und wichtige Grundsteine für den Frieden in Europa legen. An dieser Stelle stellt sich die Frage, in welcher Art und Weise die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen geschehen soll.

### Hintergrund

#### Geschichte

Mit der Schlussakte von Helsinki von 1975 wurde der Grundstein für die OSZE gelegt. Die OSZE verfolgt nach ihren aktuellen Maßgaben Ziele, welche sich in drei Dimensionen aufteilen lassen:

- Politisch-militärische Dimension: Hierbei wurden zehn Prinzipien festgelegt, nach welchen die Teilnehmerstaaten ihre künftigen Beziehungen gestalten wollen.



## MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Wirtschaftliche und ökologische Dimension: Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt.
- Menschliche Dimension: Neben dem sensiblen Thema der Menschenrechte wurden auch Ziele zur Zusammenarbeit im humanitären und kulturellen Bereich formuliert.

In Artikel 52 der Charta der UN wird beschrieben, dass regionale Abmachungen und Einrichtungen geeignet sein können, Streitigkeiten friedlich beizulegen. Hierbei sind alle Organisationen gemeint, welche dem Sinne der Charta nicht entgegenstehen. Auch wird beschrieben, dass die Vereinten Nationen mit eben solchen regionalen Organisationen zusammenarbeiten. [1]

Durch die geopolitischen Veränderungen nach 1989 sehen sich die UN vor einer großen Zahl von Herausforderungen für die Stabilität und die Sicherheit in vielen Regionen. Durch diese Entwicklungen wurden die Kooperationen und regionalen Organisationen zunehmend wichtiger. Mit dem Ende des Kalten Krieges endete in Europa die klare Eingrenzung von Ost und West und die beiden Seiten näherten sich weiter an. Durch diese Gegebenheiten entstanden viele verschiedene Strömungen, welche verschiedene politischen Interessen hatten und einer entsprechenden Plattform bedurften. Das Kapitel VIII der Charta der UN gewann so in diesen Jahren an Bedeutung hinzu und die Vereinten Nationen nahmen sich diesem Thema vermehrt an. In der Folge berief man sich in verschiedenen Resolutionen und Erklärungen immer wieder auf den entsprechenden Artikel.

Die intensivierete Zusammenarbeit von OSZE und den UN war so in den Konflikten auf dem Westbalkan deutlich und auch in dem Friedensabkommen von Dayton erkennbar, in welchem die OSZE-Beobachtermission einen eigenständigen und integralen Bestandteil der UN-Mission (UNMIK) ausmachte. Die Folgen der Zusammenarbeit wirken bis heute nach und z.B. der\*die Leiter\*in der OSZE-Mission wird von eben dieser benannt und durch den\*die Generalsekretär\*in der UN schriftlich bestätigt.

Die Resolution 1631 (2005) des UN-Sicherheitsrats bekräftigt den Willen der UN, die Zusammenarbeit zu regionalen Organisationen zu stärken. In der Folge verabschie-



*OSZE-Generalsekretär Greminger & UN-Generalsekretär Guterres © UN Photo/Evan Schneider*

dete der ständige Rat der OSZE in 2006 eine Erklärung, enger mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten. [2]

## Struktur

Die OSZE und die Vereinten Nationen halten sowohl auf politischer Ebene als auch auf Expert\*innenebene einen ständigen Dialog ab. Hierbei werden Informationen ausgetauscht und beschlossene Strategien abgestimmt. Dies betrifft in erster Linie regionale Herausforderungen (Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, illegaler Waffenhandel, organisiertes Verbrechen, Umweltzerstörung u.ä.) sowie Konflikte, welche globale Auswirkungen haben können und das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteur\*innen benötigen. Für Stabilisierung und die Stärkung der Sicherheit im OSZE-Raum und dem umliegenden Gebiet wirkt das OSZE-Sekretariat mit den verschiedenen Organen der UN zusammen.

Zum einen unterstützt die OSZE von der UN eingeleitete Prozesse, indem sie die Umsetzung von Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und UN-Konventionen in OSZE-Mitgliedsstaaten fördert. Beispielhaft hierfür sind die Resolutionen 1540 (Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen) und 1325 (Frauen, Frieden und Sicherheit) des UN-Sicherheitsrats und die Aarhus-Konvention. Für diesen Zweck arbeiten die beiden Organisationen in verschiedenen weiteren Organisationsformen



zusammen. Mit UN Women kooperiert die OSZE beispielsweise als herausgehobene zwischenstaatliche Organisation. Hierbei sind die beiden nicht gleichberechtigte Partner\*innen, nutzen aber gemeinsame Vorteile. Es gibt verschiedene weitere Beispiele, in denen die UN und die OSZE zusammenarbeiten und Synergien nutzen. Hier kann man besonders die UN-Mission „Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan“ (UNAMA) und die UN-Initiative „Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung“ (UNODC) nennen.

Besonders in den Langzeitkonflikten wird die Zusammenarbeit von verschiedenen zwischenstaatlichen Akteur\*innen sichtbar. In den Genfer Gesprächen zum Georgien-Krieg von 2008 übernahmen UN, EU und OSZE gemeinsam den Vorsitz.

Neben diesen Bereichen der Zusammenarbeit gibt es verschiedene Plattformen, die genutzt werden, um die Zusammenarbeit zu stärken. So spricht der OSZE-Präsident regelmäßig vor dem UN-Sicherheitsrat zu dem Thema der Kooperation und Vertreter\*innen nehmen gelegentlich an Debatten des UN-Sicherheitsrats teil.

Insgesamt arbeiten beide Organisationen auf verschiedenen Ebenen zusammen, stimmen sich ab und nutzen Synergien. Einige Verbesserungen wären möglich, so dass gemeinsame Initiativen effektiver umgesetzt werden können und Entscheidungsprozesse effektiver gestaltet werden können. Durch einen verbesserten Informationsaustausch könnten sowohl monetäre Mittel eingespart werden als auch die Qualität der Informationen verbessert werden. Durch verbesserte Zusammenarbeit kann ebenfalls die Fokussierung einiger Organisationsteile vorangetrieben werden und die Produktivität gesteigert werden, da parallele Prozesse eingespart werden. Ebenfalls würde die politische Initiativkraft beider Organisation durch eine bessere Vernetzung gesteigert werden.

---

## Arten der Zusammenarbeit

Es finden jährlich sowie konfliktbezogen Treffen der Spitzen der UN, der EU und der OSZE statt. Neben diesen Treffen erstatten regionale Koordinator\*innen der OSZE und der Generalsekretär jährlich Bericht gegenüber dem Sicherheitsrat der UN. Darüber hinaus hat die OSZE Vertreter\*innen in vielen UN-Organisationen und den Beobachterstatus in der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Auch bei Veran-



*Soldat bei der Vernichtung von Schlafmohn © Keystone*

staltungen der OSZE finden thematisch regelmäßig Vertreter\*innen der UN Gehör. Zudem findet ein jährliches Arbeitstreffen von Personal der beiden Organisationen statt.

Diese Formate ermöglichen es, einen dauerhaften Informationsaustausch aufrecht zu erhalten und auf der operativen Seite zusammenzuarbeiten, aber nicht angepasst auf Krisen schnell und effektiv zu reagieren. [3]

## Aktuelles

### Ukraine-Krise

Mit der Ukraine-Krise erlebte die OSZE eine neue Herausforderung im Umgang mit Problemen im europäischen Raum. Die verschiedenen Instrumente der Krisenprävention und der Konfliktlösung wurden nach Angaben des damaligen Generalsekretärs Lamberto Zannier voll ausgeschöpft. Dies beinhaltete diplomatische Gespräche verschiedener Ebenen und multilaterale Dialoge, verschiedene Projekte und vertrauensbildende Maßnahmen im Sinne des Wiener Dokuments der OSZE von 2011 sowie eine Beobachtermission zur Sicherheitslage in der Ukraine. In Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Akteur\*innen sollte diese Beobachtermission unvoreingenommene Einschätzungen liefern und Informationen sammeln. Trotz des einstimmigen Beschlusses der OSZE wurde die Arbeit aber an verschiedenen Stellen nicht immer ermöglicht. So wurden die OSZE-Beobachter\*innen an der Wahlbeobachtung



auf der Krim zum Unabhängigkeitsreferendum gehindert. Auf Grund ähnlicher struktureller Gegebenheiten war es sowohl der UN (Russland als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat) und der OSZE (Einstimmigkeit der Mitglieder) nicht möglich, alle angestrebten Ziele der Beobachtermission umzusetzen.

---

## Erweiterung der Kompetenzen

Mit der Charta von Paris (1990) wurde der Wirkungsradius der OSZE noch einmal ausgeweitet. Diese Ausweitung und die schon in Helsinki definierten Ziele umfassen ebenfalls die wirtschaftliche und ökologische sowie die menschliche Dimension. In der Arbeit der OSZE wird ein großer Fokus auf die politisch-militärische Dimension gelegt und auch Menschenrechtsfragen in Konfliktregionen spielen eine wichtige Rolle. Hingegen wird der wirtschaftlich-ökologischen Dimension eher eine untergeordnete Rolle zugeordnet. Hier lassen die Jahresberichte der OSZE häufig offen, wie weit die Tätigkeit in dieser Dimension intensiviert wurde. Mit dem Erstarren der national orientierten Politik in Europa und dem zunehmenden Fokus auf sozialen und ökologischen Fragen behandeln die einzelnen Staaten sowie die UN zunehmend die von der OSZE eher vernachlässigten Themen.

## Probleme und Lösungsansätze

---

### Arten der Zusammenarbeit

Häufig lautet der Vorwurf: Die Bedeutung schwand in den vergangenen Jahrzehnten und andere Akteur\*innen haben viele Themenbereiche für sich entdeckt. Die OSZE ist ein Staatenbündnis zu Friedenssicherung und grenzt sich hier klar von anderen Organisationen in der Region ab. Trotzdem werden zentrale Bereiche der OSZE von anderen Akteur\*innen schneller und effektiver verfolgt. So schaffen es z.B. die UN sowie die EU und die NATO, welche über die letzten Jahre selber in die Kritik geraten sind, deutlich ambitioniertere Ziele zu setzen und diese zu erfüllen. Für viele Tätigkeitsfelder verliert so die OSZE Kompetenzen oder schafft es an dieser Stelle nicht, eine wichtiger Akteurin zu werden. Für die Mitglieder des Staatenbündnisses ist es nicht interessant, in verschiedenen Formaten die gleichen Themen zu diskutieren und abzustimmen. [4]



Die Vereinten Nationen und die OSZE arbeiten vor allem auf informationstechnischer und operativer Seite zusammen. Da einige Formate bereits jetzt große Probleme aufweisen und der Lösung mancher Probleme nicht gewachsen sind, muss die Art der Zusammenarbeit, die Aufgabenteilung und die Synergieeffekte einer solchen Zusammenarbeit überdacht werden. Besonders die UN fokussieren sich in sicherheitspolitischen Belangen auf die Position von Staaten und deren Einfluss, sodass nicht-staatliche politische Gruppierungen häufig wenig Gehör finden und so die Position der Staaten überrepräsentiert ist und ein Format auf Augenhöhe unmöglich macht.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit sind beispielsweise die folgenden Maßnahmen in Erwägung zu ziehen:

- Erweiterter Beobachterstatus bei den UN: Die Europäische Union hat seit 2011 einen erweiterten Beobachterstatus in der Generalversammlung, welcher dieser mehr Rechte in den Vorgängen der UN einräumt.
- Bildung gemeinsamer Strukturen: Die OSZE und die UN haben jeweils komplexe organisatorische Strukturen. Bisher wird zwischen beiden Organisationsstrukturen nur ein reger Informationsaustausch durchgeführt. In gemeinsamen Einsatzgebieten wäre es daher möglich, die Strukturen zusammenzufassen und Synergieeffekte zu nutzen.



*UN-Generalsekretär spricht im Ständigen Rat der OSZE © UN Photo/Amanda Voisard*



- Fallbezogene Zusammenarbeit statt feste Foren: Auch wäre es möglich, die starren Organisationsformen aufzulösen und einzelne problembezogene Formate zu schaffen.
- Neue Aufgaben der OSZE: In welcher Art und Weise kann eine zukünftige Zusammenarbeit in den „neueren“ Aufgaben der OSZE gestaltet werden?

---

## Nachhaltige Entwicklung

Mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung hat sich die UN ein ambitioniertes Ziel zur Lösung vieler zentraler Fragen gesteckt. Da die OSZE für sich auch die Bereiche der wirtschaftlichen und ökologischen Dimension sowie der menschlichen Dimension proklamiert, wäre an dieser Stelle die Möglichkeit gegeben, die Zusammenarbeit mit den UN zu intensivieren und die Stärken des regionalen Ansatzes zu nutzen, um angepasste Lösungen über die Grenzen der EU hinweg zu finden.

Die OSZE heben die Ergebnisse des Burdland-Reports [5] hervor und setzen sich so intensiv mit den SDGs auseinander. [6]

---

## Auseinanderdriften von Ost und West

Die OSZE dokumentierte in der Charta von Paris 1990 das Ende des Ost-West-Konflikts und gründet auf der übergreifenden Arbeit zwischen vielen verschiedenen Ländern ihren Kern. Mit den Spannungen in der Ukraine und Konflikten in aller Welt geht die Annäherung zwischen Ost und West nicht weiter. Nach dem Unabhängigkeitsreferendum der Krim und dem umstrittenen Beitritt dieser zu Russland taten sich neue Gräben zwischen Russland und der EU mit den USA und Kanada auf. Auch die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen gestaltete sich in dieser Lage schwierig, da diese ein Mandat nur erteilen konnten, wenn Russland sein Veto nicht einlegt.

## Punkte zur Diskussion

- Sollte die OSZE bei den Vereinten Nationen Bestrebungen verfolgen, einen erweiterten Beobachterstatus zu erhalten (vgl. EU) und im Gegensatz zu anderen zwischenstaatlichen Akteur\*innen eine herausgehobene Position zu bekleiden? In welcher Weise sollte dieser Status genutzt werden, um auf Entscheidungsprozesse der Vereinten Nationen Einfluss zu nehmen?



## MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Ist die Ausbildung paralleler Strukturen der OSZE und der Vereinten Nationen sinnvoll oder ist es von größerer Bedeutung, zwei unabhängige Strukturen zu erhalten, um die Unabhängigkeit der Organisationen zu gewährleisten und keinen Interessenkonflikt zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen zu provozieren?
- In welcher Weise sollten die Staaten der OSZE Informationen aus den Gremien und Organisationen der UN zur Verfügung stellen? Als Beispiel: Die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, welche Mitglied in der EU sind, haben sich verpflichtet, fortlaufend über die Arbeit zu berichten.
- Inwieweit sollten Positionen, welche innerhalb der OSZE verabschiedet wurden, für die Mitgliedstaaten in Konsultationen mit den Vereinten Nationen verpflichtend sein?
- In welchen Dimensionen kann die Zusammenarbeit ausgebaut werden und wie ist es möglich, eine aktivere Rolle in den aktuellen Fragestellungen zu spielen?

## Quellen

[1] United Nations: Kapitel 8 UN Charta, <https://www.un.org/en/sections/un-charter/chapter-viii/index.html>

[2] OCZE: Who we are, <https://www.osce.org/whatistheosce>

[3] OCZE: OSZE-Jahrbuch 2014, Lamberto Zannier, Baden-Baden, 2015, <https://ifs-h.de/file-CORE/documents/jahrbuch/14/Zannier-dt.pdf>

[4] BMVg: Dossier Eu und UN, <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/europaeische-union-und-vereinte-nationen>

[5] OSCE: Nachhaltige Entwicklung und Sicherheit – die globale Agenda und wie sie sich in der OSZE widerspiegelt, 2017, <https://www.osce.org/de/magazine/328486>

[6] OSCE: Sustainable Development Goals and the OSCE, <https://www.osce.org/sustainable-development-goals>

## Weitere Quellen und hilfreiche Links

- OSCE: Partnerschaften  
<https://www.osce.org/de/partnerships>



**MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG**

- OSCE: Sammlung von Positionen  
<https://polis.osce.org/>
- OSCE: Bericht zur Zusammenarbeit (UNGASS)  
[www.unodc.org/documents/ungass2016//Contributions/IGO/OSCE/SG\\_Letter\\_-\\_Fedotov\\_UNODC\\_Secretariat\\_Contribution\\_UNGASS\\_Attachment.pdf](http://www.unodc.org/documents/ungass2016//Contributions/IGO/OSCE/SG_Letter_-_Fedotov_UNODC_Secretariat_Contribution_UNGASS_Attachment.pdf)
- United Nations: Zeitschrift 1995 mit Bericht zur Zusammenarbeit zwischen OSZE und UN  
<https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/suche/zvn/heft/vereinte-nationen-heft-21995/>
- United Nations: Bericht zur Zusammenarbeit  
<https://www.un.org/sg/en/subsite-section/ban-ki-moon?page=477>



## 3 - Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen im europäischen Raum

Fragen zu diesem Thema können Sie an Emilia Hummel ([e.hummel@munbw.de](mailto:e.hummel@munbw.de)) richten.

### Einleitung

Der Rahmen waffenbezogener Sicherheitspolitik auf internationaler Ebene wurde in den 80er Jahren in Antwort auf den Rüstungswettkampf der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gesetzt und besteht, kaum evaluiert, in dieser Form bis heute.

Die Standards konventioneller Rüstungskontrolle in Europa bemessen sich an einer abschließenden Aufzählung verschiedener technischer Waffensysteme, die dem qualitativen Wandel der Ausstattung und der Kriegsführungstechniken moderner Streitkräfte kaum mehr gerecht werden können. Das schnelle Voranschreiten technischer Innovation aber hat einen Wandel hin zu neuen, die Zivilbevölkerung bedrohenden Kriegstaktiken zur Folge, die durch qualitative Weiterentwicklung, nicht quantitative Kriterien, gekennzeichnet sind.

Während die globale Angst vor der Eskalation eines nuklearen Konfliktes nach Ende des Kalten Krieges sukzessiv abebbte, erlebte der Wettstreit um nationale Aufrüstung im Jahr 2014 einen erneuten Aufschwung. Mit Verschärfung des Konfliktes in der Ost-Ukraine, gerade mit der Annexion der Krim durch Russland, setzte erneut ein Narrativ der Abschreckung und Verteidigungshaltung in der Rüstungspolitik ein, der im Lichte friedfertiger Völkerverständigung erheblichen Bearbeitungsbedarf aufwirft.

### Hintergrund und Grundsätzliches

Die Begriffe der Kleinwaffen und der leichten Waffen (englisch: SALW, Small Arms and Light Weapons) werden im Kontext kriegerischer Auseinandersetzung als zusammenhängende Kategorie innerhalb der verschiedenen Waffensysteme gesehen und im Folgenden daher nur als Kleinwaffen bezeichnet. Umfasst sind davon alle tragbaren potentiell tödlichen Waffen, die Munition (Schrote, Geschosse, Projektile)

durch Explosion ausstoßen oder abwerfen. Nicht darunter fallen antike Waffen, also grundsätzlich solche, die vor 1899 hergestellt wurden.

Nach Definition der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), vgl. Dokument zu SALW vom 24. November 2000, sind Kleinwaffen solche, die von einer Person allein bedient werden können, also Revolver, Selbstlade- und Maschinenpistolen, (Sturm-, Maschinen-) Gewehre und Karabiner. Darunter fallen zudem schultergestützte Boden-Luft-Flugabwehrraketensysteme, sogenannte MANPADS (Man Portable Air Defense System).

Leichte Waffen dagegen sind Waffen, die für die kollektive Verwendung mehrerer Personen bestimmt sind, insbesondere schwere Maschinengewehre, Mörser mit einem Kaliber von unter 100 mm, Leichtgeschütze, tragbare Granatwerfer und Flug- oder Panzerabwehrkanonen sowie tragbare Abschussgeräte für Panzer- und Flugabwehrflugkörper und -raketen.

Kleinwaffen sind, verglichen mit schweren Kriegsgeschützen, um einiges leichter auch unter der Zivilbevölkerung zu verbreiten und damit nicht nur Angelegenheit zwischenstaatlicher Konflikte, sondern vor allem der Bewaffnung sich aus der Zivilbevölkerung heraus entwickelnder militärischer Bewegungen und terroristischer Gruppierungen. Gerade die Proliferation illegaler Waffen ist ein Faktor, der der Beständigkeit nachhaltiger Friedensschaffung im Wege steht: Die Verbreitung von Kleinwaffen ist bedeutend schwerer zu erfassen als militärische Bestände, beson-



*Zerstörung von Waffen im Kosovo © Arben Llapashtica (CC)*



ders, wenn es sich nicht um reguläre militärische Einsatzkräfte handelt, sondern um autonom mobilisierte Gruppierungen. Und wo Konflikte zwischen nichtstaatlichen Akteur\*innen und das Vorhandensein effizient letaler Schusswaffen zusammenkommen, resultieren zwangsläufig kämpferische Auseinandersetzungen, die nicht mehr Kriege im klassischen Sinne sind, also solche, in denen staatliche Akteur\*innen sich zu bilateraler kämpferischer Auseinandersetzung begegnen. Dagegen meint der moderne, unkonventionelle Kriegsbegriff Szenarien, in denen sich Streitparteien gegenüber stehen, die nicht ausschließlich staatliches reguläres Militär sind und staatliche (Territorial-) Konflikte aushandeln, sondern das Aufeinandertreffen einer Vielzahl verschiedener Bewegungen, die für verschiedene Anliegen kämpfen und sich nicht an bilateral vereinbarte Kampfbedingungen halten, aber bedingungs- und rücksichtslos für ihr Anliegen kämpfen - und die eine erhebliche Gefahr für unbeteiligte Dritte mit sich bringen. So bezeichnete Kofi Annan den illiziten, also einen nicht verbotenen, aber ethisch problematischen, Waffeneinsatz solcher Kleinwaffen im Rahmen seiner Millenniumsrede im Oktober 2000 als „Massenvernichtungsmittel“.

Zwischen diesen Parteien besteht meist ein Gefälle in Ausrüstung und Organisation (daher spricht man auch von einem asymmetrischen Konflikt). Meist ist die (vermeintlich) überlegene Partei das reguläre Militär einer Regierung und die kleineren Kriegsparteien Widerstands- und Untergrundbewegungen (siehe historische Bezeichnung „Guerillakrieg“). Letztere haben oft den Vorteil der Ortskundigkeit auf ihrer Seite und den ideologischen Rückhalt der Gesellschaft, ob aus eigenem Antrieb dieser oder zum Zwecke des gewaltsamen Kampfes durch die Bewegung herbeigeführt. In sogenannten Konflikten niedriger Intensität widersetzt sich die unterlegene Partei ihrer geringen Aussicht auf Erfolg dadurch, über längere bis jahrzehntelang andauernde Zeiträume kleine, gezielte Angriffe auf die überlegene Partei zu verüben (Zerstreuungstaktik) und sich dabei des Hinterhaltes und der Überraschungsangriffe zu bedienen. Daher werden diese Konflikte oft auf dicht besiedelte Gebiete ausgeweitet, auch, um Bevölkerung und Infrastruktur als menschliches Schutzschild gegenüber Streitkräften Dritter oder regulärer Kampftruppen zu verwenden - und damit die Zivilbevölkerung gewaltsamen kriegerischen Auseinandersetzungen auszuliefern.



*Partisanenangriff in der Ukraine 1951 © Irpen (CC)*

## Probleme und Lösungsansätze

Durch die Bewaffnung mit Kleinwaffen, deren Präzision und Intensität mit dem technischen Voranschreiten des Waffenbaus deutlich zugenommen hat, sind Kämpfende, die nicht den regulären Streitkräften angehören, zunehmend in der Lage, durch gezielte, kleinere Attacken und überlegene Kenntnis der Kampfschauplätze außerhalb festgesetzter „Schlachtfelder“ konventionelle Streitkräfte zurückzuschlagen.

Die Wirksamkeit bisher in Kraft getretener Rüstungsabkommen wird durch immer hochwertiger und zuverlässiger werdende, leichter verfügbare Kleinwaffen gehemmt. Gerade, da die getroffenen Klassifizierungen kontemporärer Waffensysteme immer weniger zutreffend sind. So erfasst die symmetrische Abstufung von Waffenklassifikationen lediglich Quantität und Art der Waffen, ohne sie nach ihrer Effizienz im Kampfgeschehen und ihrer Gefährlichkeit für die zivile Bevölkerung zu beurteilen. Damit unterliegt der Rückschluss auf das Gefährdungspotential durch die dahinterstehenden Streitkräfte und Bewegungen einer hohen Fehlerhaftigkeit.

Die bisher (beispielsweise im Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa) verwendete symmetrische Rüstungskontrolle ist die Abstufung verschiedener Waffensysteme nach ihrer Bauart und Nutzungsweise, also eine rein technische Typisierung, und der daraus gefolgerten Zuordnung einer Gefährdungsklasse. Dagegen verfolgt der asymmetrische Ansatz eine Definition von Waffensystemen, die sich (ähnlich der Klassifikation von Waffen in Ego Shooters) daran bemisst, welche tech-



nischen Merkmale der Waffe über ihre bloße Konstruktion hinaus anhaften und welche Aussage diese Merkmale bezüglich der Effizienz, also Präzision, Geschwindigkeit und Intensität der Waffe erlauben.

Ein weiteres Problem liegt darin, dass Kleinwaffen bedeutend leichter (illegal) in Umlauf zu bringen sind als schweres militärisches Geschütz und anschließend schwerer aufzuspüren und zu quantifizieren sind. Small Arms Survey, eine unabhängige Forschungseinrichtung mit Sitz in Genf, schätzt, dass sich über zwei Drittel aller Kleinwaffen weltweit (das seien etwa 650 Millionen, 250 Millionen davon in den Vereinigten Staaten) in Privatbesitz befinden, von denen wiederum der größte Teil Faustfeuerwaffen seien. Das wirtschaftliche Interesse vom Waffenhandel profitierender (Industrie-) Nationen tilgt moralische Belange nationaler Regierungen ob der Gesetzgebung und Durchsetzung dieser bezüglich des Waffenexportes: Etwa unterliegen aus der Bundesrepublik Deutschland exportierte Kleinwaffen (im Jahr 2017 im Wert von 76,5 Millionen Euro) einer Kennzeichnungspflicht, die jedoch der Schärfe der im Inland geltenden Vorschriften nicht entspricht. So ist die Umdeklarierung solcher Waffen durch Abändern der Seriennummer verhältnismäßig einfach, wodurch der tatsächliche Waffenexport schwerlich zu quantifizieren und zurückzuverfolgen ist.

Ähnliche legislative Schwierigkeiten ergeben sich auch in anderen europäischen Nationen. Sind Kleinwaffen einmal in illiziten Umlauf gebracht, wird es unmöglich, den weiteren Transfer zu kontrollieren oder den Ausgangspunkt im Nachhinein zu bestimmen und Verantwortliche zu belangen. Es mangelt auch an internationalen Abkommen, die erstens den aktuellen technischen Entwicklungsstand widerspiegeln und zweitens restriktive Bedingungen an den Waffenhandel knüpfen, um zu verhindern, dass Waffen in die Hände von Gruppen gelangen, die diese gegen Kampfeinheiten der Friedenssicherung - beziehungsweise im schlimmsten Fall gegen Zivilist\*innen - einsetzen. Final stellt aber jeglicher (Schuss-) Waffengebrauch ein Mehr an Gewalt und an Gefahrenpotential dar, welches perpetuierend durch das Inumlaufbringen weiterer Waffen steigt und im Zweifel gerade ungeschützte Unbeteiligte in gewaltsame Konflikte verwickelt und in Lebensgefahr bringt.

Zwar sind die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen seit Beschluss der Einführung des UN-Waffenregisters durch die Generalversammlung am 06.12.1992 dazu ange-



## MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

halten, jährlich über Ein- und Ausfuhren von Waffen sowie die eigenen Waffenbestände und Beschaffungen aus nationaler Produktion zu informieren. Die Angaben sind jedoch freiwillig und erfüllen ihren Zweck, Transparenz im internationalen Waffenhandel zu fördern, nur sehr beschränkt. Das Register ist ebenfalls beschränkt auf sieben konventionelle Hauptwaffensysteme. Seit 2016 umfasst das Register allerdings auch Klein- und leichte Waffen in einer eigenen Kategorie.

Dagegen etablierte der am 24. Dezember in Kraft getretene Internationale Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT), der bisher von 100 Staaten (Stand Januar 2019) ratifiziert wurde, rechtlich bindende und weltweit einheitliche Mindeststandards für den internationalen Handel mit konventionellen Rüstungsgütern. Beinhaltet sind explizit Regulierungen von Kleinwaffen und weiten Bereichen an Munition, in Anerkennung dessen, dass diese ein erhöhtes Umleitungsrisiko bergen.

Weitere wesentliche Akteure in Fragen sind das 1992 gegründete Forum für Sicherheitskooperation, eines der beiden Konsultations- und Beschlussgremien (neben dem Ständigen Rat) der OSZE, und der erste Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen (Hauptausschuss für Abrüstung und internationale Sicherheit, HA1) sowie die Abrüstungskonferenz (Conference on Disarmament, CD). Letzteres, 1979 gegründet, ist momentan das einzige ständig tagende transnationale Bündnis (mit aktuell 65 Mitgliedsstaaten), das Verhandlungen über multilaterale Abrüstungsverträge führt.



US Staatssekretär Kerry unterschreibt den ATT (2013) © U.S. Department of State



Die Arbeit dieser Institutionen beschränkt sich jedoch hauptsächlich auf die konventionelle Rüstungskontrolle, also die Begrenzung nicht-nuklearer schwerer militärischer Waffensysteme. Ein vom OSZE-Sekretariat erstelltes Konzept, das sich computergestützten Grafiken und Karten bedient, um alle aktuellen Stationierungs- und Übungsorte von Streitkräften zu erfassen („Mapping“), soll es unter anderem erleichtern, die Quantität und Verteilung von Waffen in Betrieb zu erfassen.

## Aktuelle Entwicklungen

Am 23.10.2019 reichte die Bundesrepublik Deutschland eine Überarbeitung des Wiener Dokuments zu Vertrauensbildung und Transparenz im OSZE-Raum ein, um eine Adaption an die technologische Entwicklung eingesetzter Waffensysteme zu bezwecken. Das 1990 von allen 57 OSZE-Mitgliedsstaaten ratifizierte Wiener Dokument strebt die Stabilisierung von Konflikten und die Friedenssicherung im OSZE-Raum an und baut dabei auf ein System der freiwilligen Einsichtnahme in militärische Maßnahmen der Gegenüber. Insbesondere soll die Verfolgung illegaler Waffenströme verstärkt und konsequenter durchgesetzt werden.

Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) wurde 1990 von den Staaten des Warschauer Paktes und der NATO, nach jahrelangem Ringen um ein solches Abkommen, unterzeichnet. Bereits im ersten Jahr nach seinem Inkrafttreten hatte das Dokument zur Vernichtung von ca. 75.000 schweren Waffensystemen geführt. Auch hier jedoch fehlt es an der notwendigen Aufmerksamkeit gegenüber der Bedrohung, die von der Streuung von Kleinwaffen ausgeht.

Im Zuge der NATO-Osterweiterung beugten die Mitgliedsstaaten des Abrüstungsabkommens sich aber dem Druck Russlands zugunsten der russischen Militärpräsenz im postsowjetischen Raum, sodass 1999 ein angepasster KSE Vertrag (AKSE) aufgesetzt wurde, dessen Ratifizierung die Staaten jedoch 2002 endgültig verweigerten; mit Verweis darauf, dass Russland seinerseits der politisch bindenden Verpflichtung zum Abzug seiner Truppen aus Transnistrien (Moldau) sowie Abchasien und Südossetien (beide Georgien) nur teilweise nachgekommen war, worauf die russische Regierung unter Putin den Vertrag 2007 gänzlich suspendierte und 2015 kündigte. Infolgedessen fehlt es heute an einer Rechtswirkung entfaltenden Rüstungskontroll-



*Beratung zum Warschauer Paket in Bukarest (1989) © Deutsches Bundesarchiv*

abkommen mit der russischen Föderation, zumal auch vergleichbare Verträge mit den Vereinigten Staaten in Reaktion auf die Ostraumerweiterung der NATO gekündigt wurden.

Erneut entfacht durch den fünftägigen georgisch-russischen Krieg 2008 (Südkaucas), sieht sich die eurasische Staatengemeinschaft mit einem Kräftenessen ähnlich dem des Kalten Krieges konfrontiert - nur, dass es diesmal kein Gegenüber zweier hochgerüsteter konventioneller Armeen und deren integrierter Nuklearstreitkräfte ist, sondern ein ideologischer Konflikt zwischen Russland auf der einen Seite und den ehemaligen Sowjetstaaten beziehungsweise der dort stationierten NATO-Truppen auf der Anderen. Im Rahmen des Korfu-Prozesses 2009 betonte der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew noch die Notwendigkeit einer Reflexion der sicherheitspolitischen Ereignisse nach Ende des Kalten Krieges mit einem rechtlich bindenden Vertrag zum Ergebnis, doch endete dieser Versöhnungsnarrativ spätestens mit Amtsantritt Vladimir Putins. Mittlerweile stehen Zwischenfällen mit russischen Kampffjets, Drohungen des Kreml mit nuklearer Schlagkraft und Nuklearpotential und unangekündigte Großmanövern mit bis zu 120.000 Soldaten wieder auf der Tagesordnung.

Ein Konflikt also, der sich auf den baltischen Raum und um die Ostgrenze der NATO bzw. der Grenze zum postsowjetischen Raum („Politik des Gürtels der Instabilität“ unter Putin) in Europa verlagert hat und vielmehr den Regeln eines asymmetrischen



Krieges folgt - die militärisch unterlegenen Parteien sind autonome baltische Streitkräfte. Russland profitiert zudem von seiner geologischen Position, die es erlaubt, Nachschub möglicher nachrückender NATO-Truppen sowohl aus der Luft als auch über die offene See nachhaltig zu stören. Wortwörtlich befeuert wird dieser Konflikt durch die Gewalttätigkeit, die von dem Aufprallen dieser militärischen Fronten auf zivilem Terrain ausgeht. Und die tatsächliche - nicht die drohende Gefahr - speist weniger aus dem Vorhandensein nuklearer, sondern der konkreten Verwendung leicht verfügbarer Kleinwaffensysteme.

Es bedarf also in einem ersten Schritt einer Bestandsaufnahme eingesetzter Kleinwaffen, sowie der Unterstützung nationaler Kontrollmechanismen im Aufspüren von Waffen in illegalem Besitz und gesetzlicher Einschränkungen und Verbote der Waffennutzung und des Waffenhandels.

## Punkte zur Diskussion

- Welche Faktoren begünstigen den (illegalen) Vertrieb von Kleinwaffen?
- Welche Mechanismen können zur Kontrolle illegalen Waffenhandels ergriffen werden?
- Welche vertraglichen Regulierung inner- und außerstaatlichen Waffenhandels bestehen in der Europäischen Union/in Europa und inwieweit können diese ausgebaut werden?
- Welche Gefahren oder Möglichkeiten ergeben sich bezogen auf die Rüstungsindustrie aus der voranschreitenden Digitalisierung?
- Welche Akteure des EU-In- sowie Auslandes müssen miteinbezogen werden (politisch, staatlich, in der Privatwirtschaft)?

## Wichtige Dokumente

- Lissabonner Dokument  
<https://www.osce.org/de/mc/39541>
- Wiener Dokument von 2011  
<https://www.osce.org/de/fsc/86599>


**MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG**

- Kurze Beschreibung zum Wiener Dokument  
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/uebersicht-konvalles-node/wienerdokument-node>
- Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)  
<https://www.osce.org/de/library/14089>
- Kurze Beschreibung zum KSE-Vertrag  
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/uebersicht-konvalles-node/kse-vertrag-node>
- Verhaltenskodex der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (Code of Conduct)  
<https://www.osce.org/de/fsc/41357>
- Kurze Beschreibung zum Code of Conduct  
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/uebersicht-konvalles-node/osze-coc-node>
- „Von Lissabon nach Hamburg zum 20. Jahrestag des Rahmens für Rüstungskontrolle der OSZE Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“  
<https://www.osce.org/de/cio/290636?download=true>
- UN Resolution A/60/88  
<https://www.un.org/depts/german/gv-sonst/a60-88.pdf>
- Vertrag über den Waffenhandel  
[https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBI&jump-To=bgbl213s1426.pdf#\\_bgbl\\_%2F%2F\\*%5B%40attr\\_id%3D%27bgbl213s1426.pdf%27%5D\\_1575244292559](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jump-To=bgbl213s1426.pdf#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl213s1426.pdf%27%5D_1575244292559)
- Kurze Beschreibung zum Vertrag über den Waffenhandel  
<https://frieden-sichern.dgvn.de/abruestung/konventionelle-und-moderne-waffen/uebereinkommen/vertrag-ueber-den-waffenhandel/>



## Quellenangaben und weiterführende Links

- Torben Schütz, Asymmetrical Arms Control zur Anpassung der Rüstungskontrolle an Innovation in der Rüstungsindustrie (06/2019)  
<https://dgap.org/en/research/publications/asymmetrical-arms-control>
- Wiederbelebung der Rüstungskontrolle, beinhaltet Stellungnahmen entscheidender Akteur\*innen (12/2016)  
<https://www.osce.org/de/magazine/313886>
- Kleinwaffen und leichte Waffen, kurzer Abriss der Position Deutschlands in der internationalen Rüstungspolitik (01/2020)  
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/-/207114>
- Internationale Rüstungskontrolle in Europa modernisieren, Initiative Deutschlands zur Überarbeitung des Wiener Dokuments (10/2019)  
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/wiener-dokument-osze/2259700>
- Rüstungskontrolle, Positionierung des Bundesministeriums für Verteidigung (01/2020)  
<https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/ruestungskontrolle>
- Ulrich Kühn, Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa zur Notwendigkeit der bilateralen Rüstungskontrolle in Anbetracht des Ost-West-Konflikts (02/2017)  
<https://www.bpb.de/internationales/weltweit/osze/239864/konventionelle-ruestungskontrolle-in-europa>
- Oliver Schmidt, Rüstungskontrolle: Strukturierter Dialog in der OSZE setzt Impulse, Positionierung Deutschlands innerhalb der Rüstungspolitik der OSZE (08/2019)  
<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/ruestungskontrolle-dialog-osze-92030>
- Arms Control, Vorgehen der OSZE bezüglich der Rüstungskontrolle (01/2020)  
<https://www.osce.org/arms-control>



**MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG**

- UN-Waffenregister  
<https://www.un.org/disarmament/convarms/register/>
- Internetauftritt der NGO Small Arms Survey  
<http://www.smallarmssurvey.org/>